

Rede der Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Sonja Bongers, zur Haushaltsberatung 2021 am Montag, 8. Februar, 2021:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als ich im November 2019 zum ersten Mal die Haushaltsrede der SPD-Fraktion vortragen durfte, freuten wir uns im Sitzungssaal im Rathaus über den vierten Haushalt in Folge ohne neue Schulden. Wir liefen uns rhetorisch warm für den Kommunalwahlkampf und „Corona“ war nicht mehr als eine exotische Bierspezialität aus Mexiko. Welch ein Kontrast zu Heute.

Die Corona-Pandemie ist zweifellos das einschneidendste Ereignis seit Generationen. Der Kampf gegen das Virus beherrscht unser aller Leben. Weltweit sind bis jetzt fast 2,3 Millionen Menschen an Corona gestorben. Und auch bei uns in Oberhausen hat Covid-19 zahlreiche Leben gefordert: Mittlerweile zählt der Tagesbericht des Krisenstabes fast 240 Todesfälle seit Beginn der Pandemie, das sind fast 240 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ohne die Heimsuchung durch diese Seuche noch unter uns sein könnten. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt den Oberhausener Familien, die geliebte Angehörige vor ihrer Zeit verloren haben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es heißt nicht zu Unrecht, dass die Pandemie die Schwächen unserer Gesellschaft wie unter einem Vergrößerungsglas schonungslos aufzeigt. In den vergangenen Monaten hat sich aber auch erwiesen, auf wen wir uns verlassen können.

Ich möchte im Namen meiner Fraktion all jenen danken, die mit hoher Leistungsbereitschaft und Leidenschaft in dieser Krise ohne Beispiel in vorderster Reihe stehen: Den Beschäftigten in den Alten- und Seniorenheimen, den Rettungskräften, dem Personal in den Krankenhäusern und Arztpraxen, den Busfahrerinnen und Busfahrern, den Verkäuferinnen und Verkäufern, den Polizistinnen und Polizisten, den Beschäftigten von SBO, WBO und Stadtverwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitsbereichs und all den vielen anderen, die mit ihrer Arbeit tagtäglich unsere Stadt zusammenhalten, nicht nur in Zeiten der Pandemie.

Ausdrücklich bedanke ich mich auch bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die unserem Bereich Gesundheit seit dem besonders schwierigen Krisenmonat November, als Oberhausen NRW-weit die mit Abstand meisten Neuansteckungen verzeichnete, so professionell und tatkräftig unter die Arme greifen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

obwohl die Kommunalwahl letztes Jahr in eine Zeit ohne harten Lockdown fiel, wurden die Wahlkampfaktivitäten durch Corona doch erheblich eingeschränkt. Ein Wahlkampf auf Distanz hat es den Parteien und Wählergruppen nicht eben leichter gemacht, für sich und ihre politischen Ideen in der Wählerschaft zu werben. Die Wahlbeteiligung betrug nur erschütternde 42 Prozent. Das heißt im Klartext: Drei von fünf Wahlberechtigten haben auf ihr Wahlrecht, das wichtigste Werkzeug im Instrumentenkoffer unserer Demokratie, verzichtet, was ich nicht nur bedaure, sondern höchst bedenklich finde.

Zum Ergebnis der Kommunalwahl selbst bleibt nicht viel nachzutragen, außer vielleicht dies: Die politische Zeitenwende, die manche befürchtet und andere erträumt haben, ist definitiv ausgeblieben. Der Umstand, dass die CDU mit Ach und Krach und nur sehr knapp vor der SPD stärkste Partei in Oberhausen geworden ist, verliert jeden Sensationswert, wenn man auf die objektive Ausgangslage zurückblickt. Denn die war im letzten Jahr für die Oberhausener CDU so günstig wie nie zuvor: Mit dem amtierenden Oberbürgermeister als Spitzenkandidat, der sich noch dazu mediengewandt über Monate als Krisenmanager in der Corona-Pandemie präsentieren konnte, hätten Sie eigentlich einen Erdbebensieg einfahren müssen. Und viele von Ihnen, Hand aufs Herz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben ja auch genau das erwartet. Keinen knappen Sieg nach Punkten, sondern den endgültigen k. o. für die Oberhausener Sozialdemokraten. Sie sind davon ausgegangen, dass wir mit unserem zunächst wenig bekannten OB-Kandidaten, dem Seiteneinsteiger Thorsten Berg, nicht den Hauch einer Chance gegen den Polit-Profi Daniel Schranz hätten. Sie sahen die CDU schon bei 40+X-Prozent und als die neue, alles dominierende politische Kraft in dieser Stadt. Aber trotz bester Voraussetzungen für Ihr politisches Lager

kam es zu einer faustdicken Überraschung: Daniel Schranz musste gegen Thorsten Berg in die Stichwahl. Und zwischen SPD und CDU entwickelte sich im Wahlkampfendspurt ein Wimpernschlagfinale, bei dem Sie am Ende gerade noch 700 Stimmen Vorsprung hatten, bei gleicher Anzahl Sitze im Rat. Knapp verloren ist auch verloren, keine Frage, aber historische Niederlagen sehen anders aus. Ich danke Thorsten Berg für seinen unermüdlichen Einsatz und freue mich, dass er seine fachliche Kompetenz in dieser Wahlperiode als Bürgermitglied im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss in die Oberhausener Kommunalpolitik einbringen wird.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

In diesem neu gewählten Rat hat es bislang bekanntlich keine Koalitionsbildung gegeben. Beschlüsse werden regelmäßig mit wechselnden Mehrheiten getroffen. Das muss aber für die Qualität unserer Entscheidungen und damit das Wohl der Stadt nicht zwangsläufig schlecht sein. Der scheinbare Vorteil der Stabilität und Berechenbarkeit einer Konstellation aus Regierung da, Opposition dagegen, hat einen hohen Preis: Dass am Ende einer Debatte zu oft nicht das bessere Argument, sondern die machtpolitische Gesichtswahrung den Ausschlag für Zustimmung oder Ablehnung gibt. Dass es ausschließlich um Sieg oder Niederlage des eigenen Lagers und eben nicht um die beste Lösung für Oberhausen und seine Menschen geht. Ich kann für meine Fraktion ankündigen: Wir werden jede Idee unterstützen, von der wir überzeugt sind, dass sie unsere Stadt voranbringt. Und das ganz unabhängig vom parteipolitischen Copyright.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die finanziellen Folgen der Pandemie für den städtischen Haushalt sind bereits jetzt verheerend. In weniger als 12 Monaten hat die Corona-Krise die so hart erkämpften Fortschritte bei der Sanierung unserer kommunalen Finanzen ausgelöscht. Drastisch einbrechende Steuereinnahmen und pandemiebedingte Kostenexplosionen in vielen Bereichen treiben Oberhausen unverschuldet in die Neuverschuldung. Nach vier ausgeglichenen Haushalten in Folge muss der Kämmerer in diesem Jahr an die 100 Millionen Euro neue Kredite aufnehmen. Die Pro-Kopf-Verschuldung springt dadurch schlagartig um fast 500 Euro auf 9.500 Euro pro Einwohnerin und Einwohner.

Aber schlimmer geht immer: Niemand kann zurzeit seriös voraussagen, mit welchen pandemischen Nachbeben unsere Stadtgesellschaft mittel- und langfristig konfrontiert sein wird. In welcher Welt wir nach Corona leben werden, hängt entscheidend davon ab, wie die kleineren Firmen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insgesamt durch diese Krise kommen. Dass Gastronomie und viele Kultur- und Eventbetriebe besonders unter den Einschränkungen zu leiden haben, ist offensichtlich. Gerade dieser Bereich trägt aber überproportional zur Lebensqualität einer Stadt bei. Deshalb sollten wir gemeinsam alles Mögliche tun, um unsere Kultur- und Gastro-Szene in Oberhausen am Leben zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Städtetag prognostiziert schon jetzt ein Gesamtdefizit der Kommunen von bundesweit 35 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren. In Oberhausen rechnet der Kämmerer selbst unter optimistischen Annahmen mit Haushaltsdefiziten von jeweils 90 Millionen in 2022, 80 Millionen in 2023 und 70 Millionen in 2024, also mit einer finanziellen Unterdeckung allein in den nächsten drei Jahren von fast einer Viertelmilliarde Euro.

Selbst wenn wir den ökonomischen Selbstmord in Betracht zögen, wenn wir die städtischen Angebote auf Haut und Knochen runterhungern und die Gebühren sowie die Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer anziehen würden bis zum Blutstau: Es wäre alles vergeblich! Ohne weitere Hilfe von Bund und Land rutschen wir und viele andere Kommunen in NRW nächstes Jahr unvermeidlich zurück ins Nothaushaltsrecht, verlieren wir unsere so teuer erkaufte kommunale Handlungsfreiheit.

Bereits der Haushalt 2021, den wir gleich beschließen, ist nur noch auf dem Papier ausgeglichen. In Wirklichkeit machen wir knapp 65 Millionen Euro Miese, dafür müssen wir neue Schulden aufnehmen. Dass wir trotzdem mit einer Genehmigung dieses Haushalts rechnen können, liegt an der buchhalterischen Kreativität der schwarz-gelben Landesregierung: Damit die Gemeinden auch 2021 zu genehmigungsfähigen Haushalten kommen, möglichst preiswert für den Finanzminister und ohne die Landeskasse zu belasten, dürfen die Kämmerer einmalig die neuen Kredite als imaginären Sonderertrag buchen, der über die nächsten 50 Jahre abzuschreiben ist. Dieser Bilanztrick der „Corona-Isolierung“ führt zwar zur formalen Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2021, aber auch

dazu, dass die Corona-Schulden des laufenden Jahres überwiegend von Menschen zurückgezahlt werden, die heute noch gar nicht geboren sind.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor einem Jahr schien eine Lösung des kommunalen Altschuldenproblems unter Beteiligung des Bundes erstmals in greifbare Nähe gerückt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, im Rahmen einer nachhaltigen gesamtstaatlichen Lösung für die am höchsten verschuldeten Kommunen die Hälfte der insgesamt 50 Milliarden Euro an kommunalen Kassenkrediten in die Bundesschuld zu übernehmen, falls sich auch die betroffenen Länder an einem Altschuldenfonds beteiligen. Für Oberhausen wären das 750 Millionen Euro gewesen, die Hälfte unseres Altschuldenberges. Leider ist der Altschuldenfonds bei den Verhandlungen zu den Corona-Hilfen im letzten Jahr am Widerstand der Union und einiger Bundesländer gescheitert.

Nun eine gute Nachricht: Es gibt Leute in der Politik, die mit großer Hartnäckigkeit gesegnet sind. Vor genau drei Wochen hat Olaf Scholz in unmissverständlichen Worten einen neuen Anlauf zur Lösung des Altschuldenproblems der Kommunen gefordert. Da zwei Drittel der öffentlichen Investitionen in Deutschland von den Städten und Gemeinden getätigt würden, so der Bundesfinanzminister, bräuchten sie finanzielle Kraft. Es gebe einen erheblichen Investitionsstau in vielen Bereichen.

Olaf Scholz wörtlich:

„Deshalb bin ich unverändert für eine finanzielle Entlastung der Kommunen in Deutschland und dafür, dass diejenigen, die mit besonders großen Lasten aus der Vergangenheit zu kämpfen haben, eine neue ‚Stunde Null‘ bekommen.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die Kommunalfinanzen wäre es sicher kein Unglück, wenn Olaf Scholz ab September in einem noch höheren Amt diesen klaren Worten schnelle Taten folgen lassen kann. Gemeinsam können wir uns für eine Lösung der Altschulden einsetzen. Damit Oberhausen noch lebenswerter wird – auch trotz der Corona-Krise und ihrer finanziellen Folgen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2021 zu.

Glückauf Oberhausen!